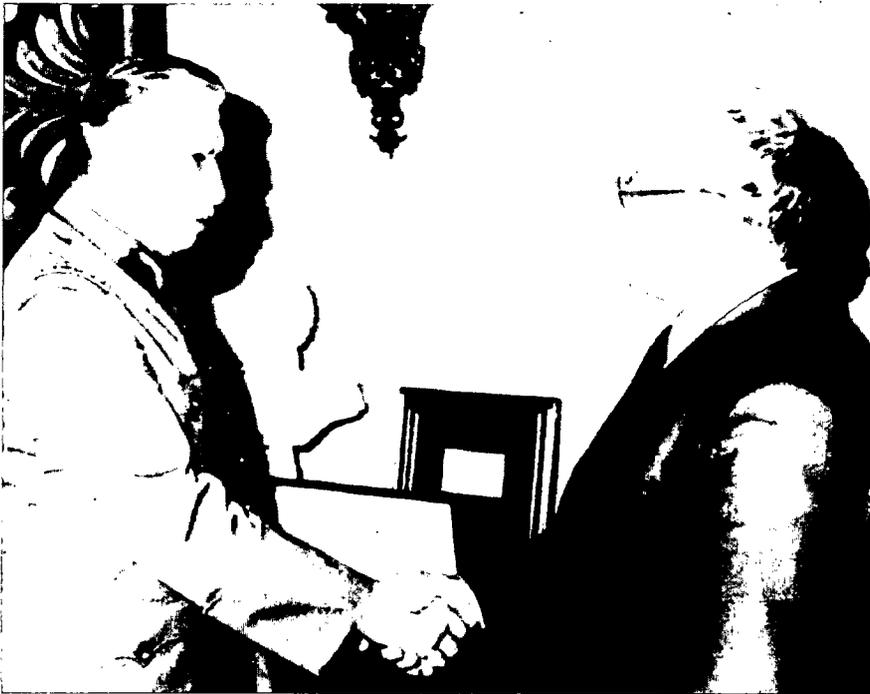


Nur Fassade

Das Bonner Auswärtige Amt setzt die durch Menschenrechtsverletzungen in Verruf geratene deutsche „Colonia Dignidad“ unter Druck.

Im Chile der Junta Pinochets ist der Würzburger Soziologieprofessor Lothar Bossle gerngesehener Gast. Erst vor 14 Tagen war der Christsoziale wieder dort und des Lobes voll. Santiagoer Blätter zitierten ihn mit Sprüchen wie: „Chile ist auf dem Weg zu einer wahren Demokratie.“



Pinochet-Besucher Blüm (r.), Gastgeber: Richtig munter

Beim Empfang durch Militärdiktator Augusto Pinochet hatte Bossle diesmal allerdings auch ein unangenehmes Thema drauf – die skandalumwitterte „Colonia Dignidad“ (CD), eine Anfang der 60er Jahre von einer deutschen Sekte gegründete Siedlung, einige 100 Kilometer südlich von Santiago gelegen. Da „werden die Menschenrechte von vielen Deutschen durch einen Deutschen verletzt“, sagte Bossle zu Pinochet – der Sektenführer Paul Schäfer müsse weg. Falls Bonn ein Ersuchen stelle, entgegnete laut Bossle Pinochet, der „bisher nur Gutes“ über die Siedlung gehört haben will, werde die chilenische Regierung „sofort handeln“.

Wie ernst auch immer die Bemerkung des Diktators zu nehmen ist – es scheint Bewegung in eine Affäre zu kommen, die alle Züge des Monströsen trägt. Pseudoreligiöser Wahn und Psychoterror als Herrschaftsmethode, Folter, Unzucht mit Abhängigen, Freiheitsberaubung, politische Machenschaften und dunkle

Geschäfte auf der einen, Wohltätigkeit der Bewohner einer „geradezu vorbildlich gebauten und bewirtschafteten Siedlung“ (der ehemalige Bonner Chile-Botschafter Erich Strätling) auf der anderen Seite sind die Stichworte. Im Zwielficht steht die CSU, aber auch die deutsche Diplomatie.

Die Geschichte der Colonia beginnt Mitte der 50er Jahre. Damals gründeten der Ex-Jugendwart Paul Schäfer und der Baptistenprediger Hugo Baar im rheinischen Siegburg die „Private Sociale Mission“. Das 1960 als „Waisenheim“ eingeweihte Haus der Gemeinde kam schon bald ins Gerede: Schwere Prügel und Mißhandlungen seien gängige Erziehungsmethode, mit einem ausgeklügel-

liches Gut, das sich das Wohlwollen der chilenischen Bevölkerung durch kostenlose Speisungen und Behandlung im CD-eigenen Krankenhaus sicherte.

Doch auch Bedenkliches machte bald die Runde. So bemühten sich in Deutschland zurückgebliebene Eltern vergeblich, ihre Kinder heimzuholen. Und ein 1966 aus der Kolonie geflüchteter Jugendlicher berichtete von Fronarbeit und scharfer Überwachung. Eine Untersuchung verlief im Sande. Und auch die Bonner Botschaft ließ Schäfer gewähren: Konsularisches, wie Paßverlängerung und Lebensbescheinigungen, wurde bis in die jüngste Vergangenheit in Sammelverfahren erledigt.

Das blieb auch so, als die Siedlung nach 1976 voll in die Schlagzeilen geriet. Ein Uno-Report über Menschenrechtsverletzungen in Chile hatte die Colonia in einer Liste geheimer Folterzentren der Junta an erster Stelle genannt. Amnesty International (AI) ging den Vorwürfen nach, die Hamburger Illustrierte „Stern“ veröffentlichte die Aussagen mehrerer Chilenen, die angaben, in der CD von der Geheimpolizei Dina gefoltert worden zu sein.

Vor dem Bonner Landgericht unterlagen AI und „Stern“ allerdings: Auf Antrag der Siegburger „Privaten Sociales Mission“ wurde die Weiterverbreitung der Vorwürfe untersagt, das Widerpruchsverfahren schleppt sich inzwischen ins elfte Jahr.

Für den damaligen Botschafter Erich Strätling war der Wirbel immerhin Anlaß genug, der Colonia einen Besuch abzustatten. Strätling: „Ich habe keine unterirdischen Folteranlagen gefunden.“

Offenbar wurden nun allerdings die engen Beziehungen der deutschen Rechtsen zur Schäfer-Siedlung. Immer wieder reisten CSU-Gruppen in die Kolonie, die sich ihrerseits mit Bayern-Symbolen und Strauß-Bildern schmückte. Besonders aktiv war der Münchner Stadtrat Wolfgang Vogelsang, der sich in lyrischen Beschreibungen des Siedlerlebens erging. Zu den Besuchern gehörte auch der Bonner Waffenhändler Gerhard Mertins, auf den „diese deutsche Gruppe“ einen „hervorragenden Eindruck“ machte. „Die bayrische Landesregierung“ und die (CSU-nahe) Hanns-Seidel-Stiftung, posante Mertins, hätten „meine Eindrücke bestätigt“.

Kritiker wie die SPD-Abgeordneten Ernst Waltemathe und Hajo Hoffmann dagegen mußten 1978 vor den verschlossenen Toren der CD kehrtmachen und wunderten sich über Polizeikontrollen auf der Rückfahrt nach Santiago. Im ultrarechten „Deutschland-Magazin“ höhnte CSU-Vogelsang: „Sie waren mit feindlichen Absichten gekommen, warum sollte man sie empfangen?“

Obwohl fortan immer mal wieder Gerüchte und Berichte über die tatsächli-

ten Überwachungs- und Beichtsystem bringe Schäfer die Sektenmitglieder in totale Abhängigkeit.

Ruchbar wurden auch homosexuelle Neigungen Schäfers. Die Bonner Staatsanwaltschaft leitete ein Ermittlungsverfahren wegen Unzucht mit Abhängigen ein. Doch einem Haftbefehl entzog sich der Sektenchef – er setzte sich 1961 nach Chile ab. Noch im selben Jahr verkaufte die Siegburger Mission ihr Heim und erwarb Gelände in der Nähe der Provinzstadt Parral, Kern der späteren „Sociedad Benefactora Y Educacional Dignidad“, kurz als „Kolonie Würde“ bekannt.

Ein Großteil der Siegburger Heimkinder verschwand nach Chile. Auch viele erwachsene Sektenmitglieder folgten. Heute leben nach Einschätzung des Auswärtigen Amtes „260 bis 300 Deutsche und etwa 20 chilenische Waisenkinder in der CD“.

Die Siedler errichteten ein nach außen mustergültig wirkendes landwirtschaft-

chen Zustände in der streng abgeschirmten Kolonie, nicht zuletzt auch über mysteriöse Todesfälle, nach draußen drangen, behandelte die deutsche Botschaft das Problem auch unter Strätling-Nachfolger Hermann Holzheimer lange dilatorisch. Erst als im Februar 1985 zwei Eheleuten die Flucht gelang, änderte sich die Lage.

Denn deren Schilderungen ergaben ein schreckenerregendes Bild: von Schäfer und seiner Führungsclique total entmündigte Siedler, die mit Prügeln, Psychopharmaka und Elektroschocks malträtiert würden, sich mit Beichtbüchern gegenseitig überwachten und schwerste Arbeit ohne Lohn leisteten.

Immer noch vorsichtig, kablet Holzheimer seine „Auffassung“ nach Bonn, „daß der chilenischen Seite unsere Erkenntnisse über die Lebensbedingungen in der Colonia Dignidad nicht vorenthalten werden sollten“.

Er fügte hinzu: „Wichtiger wäre allerdings, daß die in vielem an ein Konzentrationslager gemahnen Lebensbedingungen ... geändert werden und Herrn Schäfer nicht weiter Gelegenheit gegeben wird, Kinder bei sich schlafen zu lassen ...“ Das Unwichtige kam freilich zuerst. Im September 1985 unterrichtete Holzheimer den chilenischen Polizeichef Rodolfo Stange. Der teilte schon Anfang Oktober mit, „daß die Bemühungen seiner Organe“, so eine AA-Aufzeichnung, „Verantwortlichen in der CD strafbare Handlungen nachzuweisen, völlig vergeblich gewesen seien“.

So wie Stanges Rechercheure auf „eine Mauer des Nichtwissens“ gestoßen sein wollen, so schottete sich die Colonia nun auch von der deutschen Vertretung in Chile ab. Im Februar dieses Jahres wurde Botschaftsmitarbeitern das Betreten der Colonia schlicht verweigert.

Richtig munter wurde das AA, als CDU-Arbeitsminister Norbert Blüm sich bei seinem Chile-Besuch im Juli für den Skandal interessierte und einen Mitarbeiter mit Recherchen beauftragte. Seinem chilenischen Amtskollegen García ließ Hans-Dietrich Genscher den dringenden Wunsch übermitteln, Santiago möge einer von Bonn zu entsendenden unabhängigen Untersuchungskommission Zutritt zur CD verschaffen. Offenbar laufen die Drähte zwischen der Junta und der Colonia immer noch gut: Plötzlich stimmte Schäfer einem Konsularsprechtage in der Siedlung zu, der Ende letzter Woche stattfinden sollte.

Colonia-Kenner Bossle gibt solchen Unternehmungen keine Chance: Die Botschaftsleute bekämen „nur Fassade“ vorgeführt. Und was die Siedler zu antworten hätten, impfe ihnen Schäfer unter brutalen Drohungen vorher ein, so die Aussagen der Geflüchteten.

PARTEISPENDEN

Wieder mal Gönner

Steuerfahnder ermitteln im Bundeshaus – etliche Politiker müssen Spenden nachversteuern.

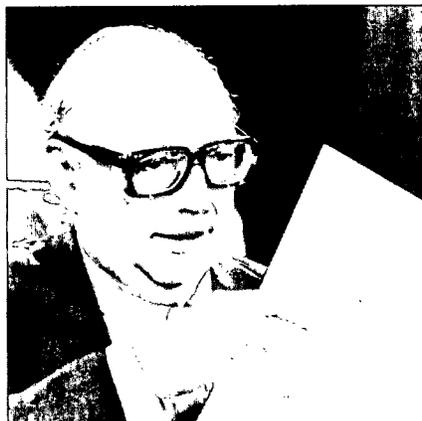
Daß sie an außergewöhnlichen Tatornten recherchieren müssen, gehört zum Alltag der Steuerfahnder: Sie kramen in Spielhöhlen nach Barem oder kriechen in Bordellen unter die Betten. Die Stätte, die sie neuerdings häufig aufsuchen, ist allerdings selbst für erfahrene Ermittler ungewohnt: das Bonner Bundeshaus, Sitz des Parlaments.



Ehmke



Dregger



Mischnick



Zimmermann

Bonner Spendenempfänger: Längst gängige Praxis

Dort forschen derzeit rheinische Fahnder nach dem Verbleib von mehreren hunderttausend Mark. Sie führen eine lange Liste mit mehr als 40 Politiker-Namen bei sich – von Horst Ehmke (SPD) bis Bundeskanzler Helmut Kohl (CDU). Denen steht Ärger mit dem Fiskus bevor.

Die Politiker haben Geld von Unternehmen und Verbänden für den Wahlkampf erhalten, in ihren Steuererklärungen aber nicht angegeben. Dafür sollen sie Schenkungsteuer nachzahlen.

Die Erbschaftsteuerreferenten der Länderfinanzministerien hatten vor zwei Jahren verfügt, daß Zuwendungen, die Politiker für den Wahlkampf empfangen haben, dem Fiskus angegeben werden müssen. Das gilt seither selbst für Zah-

lungen, die über die Parteikassen an Politiker geflossen sind. Nur wenn die Beträge in den Rechenschaftsberichten der Parteien angegeben worden sind oder unter dem Freibetrag von 3000 Mark liegen, brauchen sie nicht versteuert zu werden. Auch für Sachzuwendungen wie zum Beispiel Autos, die den Wahlkämpfern zur Verfügung gestellt wurden, müssen Steuern nachgezahlt werden.

Die Regelung sollte eigentlich bundeseinheitlich gelten. Doch während in Nordrhein-Westfalen die Fahnder unerbittlich auftreten, läuft in unionsregierten Ländern gar nichts. Ob ermittelt wird oder nicht, hängt allerdings nicht nur von den Finanzbehörden, sondern

auch vom Standort der spendenden Unternehmen und Verbände ab – und die haben ihren Sitz meist in Nordrhein-Westfalen.

Dort betreten die Fahnder, nach zwölf Jahren Spendenaffäre routiniert im Umgang mit Konzernen und Politikern, neues Terrain. Denn strafrechtlich ist nichts auszurichten gegen persönliche Wahlkampfspenden, die nicht durch Geldwaschanlagen geschleust worden sind. Selbst wenn Abgeordnete für das Geld Gegenleistungen erbracht haben, dürfen Staatsanwälte nicht einschreiten.

Denn Abgeordnete zu schmieren ist zwar anrüchig, seit 1953 aber nicht mehr strafbar. In Druck können, paradox, Politiker allerdings geraten, wenn sie sich für eine persönliche Geldzuwendung